

Offener Brief an die Schweizerische Nationalbank

Am Freitag, den 26. April 2024, hielt die Schweizerische Nationalbank ihre Generalversammlung in Anwesenheit der Aktionär:innen bzw. der Delegierten der Aktionärsorganisationen ab. Doch nicht ganz alle Delegierten erhielten Zutritt zur Versammlung. Die argentinische Anwältin Mariana Katz und Orlando Carriqueo, der Botschafter des Mapuche-Volkes, wurden ausdrücklich nicht zugelassen.

Sie hatten zwei Tage zuvor mit einem Mitglied des erweiterten Direktoriums gesprochen und wollten die Generalversammlung auf die Folgen der Investitionen der SNB in Unternehmen aufmerksam machen, die Schiefergas und -öl durch Fracking fördern. Fracking ist ein besonders umweltschädliches Verfahren, das bereits von 14 Schweizer Kantonen abgelehnt wurde.

Die SNB beruft sich auf eine Zugangsregel, wonach Vertreter:innen von Organisationen in ihren Organisationsorganen sitzen müssen. Kein anderer Delegierter einer Aktionärsorganisation wurde jedoch auf diese Weise ausgeschlossen, weder in diesem noch in den letzten drei Jahren. In einer Demokratie wie der unseren halten wir diese Praxis für ebenso diskriminierend wie untragbar. Die Nationalbank wurde bereits vom SNB-Observatory wegen Mängeln in ihrer Führung kritisiert. Nun wird auch ihre interne Demokratie in Frage gestellt.

Warum verweigert man einer Anwältin, die Mitglied einer von einem Friedensnobelpreisträger gegründeten Organisation ist, und einem Sprecher eines indigenen Volkes, dessen Heimat von Unternehmen, an denen die SNB beteiligt ist, verwüstet wird, die Teilnahme und 3 Minuten Redezeit?

Die Nationalbank muss sich an ihre internen Regeln halten, die sie daran hindern, in Unternehmen zu investieren, die systematisch schwere Umweltschäden verursachen und grundlegende Menschenrechte massiv verletzen. Sie behauptet, die Schweizer Werte zu respektieren. Diskriminierende Praktiken, die Verweigerung der internen Demokratie und die Unterstützung von Unternehmen, die an der grossflächigen Ausbeutung von Schiefergas und -öl beteiligt sind, gehören nicht dazu. Wir fordern die Nationalbank auf, Beteiligungen an Unternehmen, die der Natur und den indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften Schaden zufügen, auszuschliessen.

Carlo Sommaruga, Ständerat, GE, SP	Michael Töngi, Nationalrat, LU, Grüne
Delphine Klopfenstein Broggini, Nationalrätin, GE, Grüne	Céline Vara, Ständerätin, NE, Grüne
Christian Dandrès, Nationalrat, GE, SP	Nicolas Walder, Nationalrat, GE, Grüne
Fabian Molina, Nationalrat, ZH, SP	Felix Wettstein, Nationalrat, SO, Grüne
Martin Docourt, Nationalrat, NE, SP	Gerhard Andrey, Nationalrat, FR, Grüne
Laurence Fehlmann Rielle, Nationalrätin, GE, SP	Alia Chaker Mangeat, Abgeordnete im Grossen Rat von Genf, Die Mitte
Valérie Piller Carrard, Nationalrätin, FR, SP	Christina Meissner, Abgeordnete im Grossen Rat von Genf, Die Mitte
Céline Widmer, Nationalrätin, ZH, SP	Patricia Bidaux, Abgeordnete im Grossen Rat von Genf, Die Mitte
Kilian Baumann, Nationalrat, BE, Grüne	Dilara Bayrak, Abgeordnete im Grossen Rat von Genf, Grüne
Christophe Clivaz, Nationalrat, VS, Grüne	Caroline Marti, Abgeordnete im Grossen Rat von Genf, SP
Fabien Fivaz, Nationalrat, NE, Grüne	Djawed Sangdel, Abgeordneter im Grossen Rat von Genf, Libertés et Justice Sociale
Balthasar Glättli, Nationalrat, ZH, Grüne	Lionel Dugerdil, Abgeordneter im Grossen Rat von Genf, SVP
Raphaël Mahaim, Nationalrat, VD, Grüne	Marc Falquet, Abgeordneter im Grossen Rat von Genf, SVP
Sophie Michaud Gigon, Nationalrätin, VD, Grüne	
Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin, ZH, Grüne	